



TOP THEMA

Zahl der schweren und tödlichen Unfälle geht kaum noch zurück

Die gesetzliche Unfallversicherung setzt Schwerpunkt auf Verkehrssicherheit

Die Unfallzahlen stagnieren. Dies geht aus einer Erhebung der Berufsgenossenschaften und Unfallkassen hervor, die die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) Anfang September veröffentlicht hat. Demnach haben sich die Zahlen der Arbeits- und Wegeunfälle im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert. Gezielte Schwerpunktsetzung in der Prävention soll für eine positive Entwicklung sorgen.

877.198 meldepflichtige Arbeitsunfälle registrierten die Berufsgenossenschaften und Unfallkassen im vergangenen Jahr – eine Zunahme von 0,42 Prozent gegenüber dem Vorjahr. 188.527 Versicherte hatten einen meldepflichtigen Wegeunfall, ein Minus von 2.441. 730 Versicherte verloren aufgrund von Unfällen ihr Leben (2017: 731), davon 420 durch Arbeitsunfälle und 310 durch Wegeunfälle. Dr. Stefan Hussy, Hauptgeschäftsführer der DGUV, erklärt: „Für uns gibt es kein akzeptables Restrisiko. Jeder Unfall ist einer zu viel.“

Die Zahlen zeigen, dass über 40 Prozent der tödlichen Unfälle Wegeunfälle sind, also auf dem Weg zur Arbeit oder zurück passieren. Hussy appelliert an Arbeitgeber, Beschäftigte und die Politik, sich um mehr Sicherheit im Straßenverkehr zu kümmern. „Alle können mehr zur Sicherheit auf den Straßen beitragen: Der Chef, der darauf verzichtet, seine Leute anzurufen, wenn er weiß, dass sie gerade hinter dem Steuer sitzen. Die Politik, indem sie Verkehrsräume insbesondere für die schwächeren Verkehrsteilnehmenden sicher gestaltet. Und jede und jeder Einzelne, indem man Ablenkung vermeidet - im Klartext: öfter mal das Handy weglegen oder die Stöpsel aus dem Ohr nehmen.“

Dieses Thema greift auch **kommmitmensch**, die aktuelle Präventionskampagne der Berufsgenossenschaften und Unfallkassen, auf. Gestartet mit



Foto: Tomas Rodriguez

Die Präventionskampagne der Berufsgenossenschaften und Unfallkassen **kommmitmensch** wirbt plakativ für mehr Aufmerksamkeit im Straßenverkehr.

dem Ziel, eine Kultur der Prävention in allen Betrieben und Einrichtungen zu etablieren, wird sie in den nächsten Monaten zwei Schwerpunkte setzen: zuerst Verkehrsunfälle, in einem zweiten Schritt Absturzunfälle. Diese zwei Unfallarten haben die meisten schweren und tödlichen Unfallfolgen. „Mit der Konzentration auf diese Unfallschwerpunkte wollen wir ganz gezielt sensibilisieren und aufklären und perspektivisch die Zahl der Arbeits- und Wegeunfälle senken.“, so Hussy. Damit das funktioniert, müssen alle Handlungsfelder der Kampagne ineinandergreifen. Für die Verkehrssicherheit bedeutet das: Führungskräfte müssen Verkehrssicherheit wollen, Kommunikation muss auf Augenhöhe stattfinden und Beschäftigte müssen beim Thema Sicherheit im Straßenverkehr einbezogen werden. Das klappt am besten mit einer fairen Fehlerkultur und einem Betriebsklima, welches sicheres Fahrverhalten wertschätzt.

Web: www.dguv.de > Webcode: dp1317520

STICHWORT Zahlen 2018

Von den 420 tödlichen Arbeitsunfällen ereigneten sich 125 im Straßenverkehr. Bei den 310 tödlichen Wegeunfällen waren es 285. Straßenverkehrsunfälle sind Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen verletzt oder getötet werden.

Web: www.dguv.de
> Webcode: d2440



Foto: Jan Röhl, DGUV

Rücksicht nehmen

Liebe Leserinnen und Leser,

„Kampfzone Straße“ – so könnte man die derzeit geführten Diskussionen um den öffentlichen Verkehrsraum betiteln, wenn man sich anschaut, wie die Diskussionen geführt werden. Wem gehört die Straße? Wer hat Vorrang? Verfolgt man die Debatten, könnte man den Eindruck haben, dass die Verkehrsteilnehmenden nur aus einer Rolle heraus sprechen. Aber wer geht nur zu Fuß oder fährt nur Fahrrad oder Auto? Die wenigsten von uns. Wir als Unfallversicherung haben alle im Blick, vom Kleinkind, das mit dem Laufrad in die Kita gebracht wird bis hin zum Angestellten, der mit Bahn oder Auto zur Arbeit fährt. Alle sollen sicher zu Arbeit, Schule, Uni, oder Kita kommen und natürlich zurück. Das ist unsere Aufgabe und dafür werben wir, indem wir aufklären, informieren und aufmerksam machen.

Die Verkehrsprobleme stellen die Politik vor große Herausforderungen, denn viele Interessen müssen unter einen Hut gebracht werden. Bei allen Diskussionen, die für gute Lösungen noch geführt werden müssen, möchte ich an die erste Grundregel der Straßenverkehrsordnung erinnern: gegenseitige Rücksichtnahme. Sie kommt vielleicht etwas altbacken daher, aber sie hilft. Wenn wir aufmerksam sind und uns ab und zu in die Lage des Anderen versetzen, erleichtern wir uns und anderen das Fortkommen. Einfach mal die Scheuklappen abnehmen und nicht immer auf dem vermeintlich eigenen Recht beharren. In diesem Sinne, nehmen Sie Rücksicht und seien Sie aufmerksam.

Ihr


Dr. Stefan Hussy

Hauptgeschäftsführer der DGUV

„Die Europäische Säule sozialer Rechte ist weiter gesetzt“

Ein neu gewähltes EU-Parlament, eine designierte EU-Kommissarin mit einem neuen Team – in Brüssel wurden und werden Stühle gerückt. DGUV Kompakt sprach mit Ilka Wölfle, Direktorin der Europavertretung der Deutschen Sozialversicherung, über den Stellenwert von Sozialpolitik in der neuen Legislaturperiode, über Versuche der EU-Kommission im sozialpolitischen Bereich das Tempo zu erhöhen und über die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2020.

Frau Wölfle, unter dem scheidenden EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker war die Diskussion um die soziale Dimension Europas ein deutlicher Schwerpunkt. Wird die Sozialpolitik nach der Europawahl und unter neuer Präsidentschaft von Ursula von der Leyen weiter im Fokus stehen?

Ich bin mir sicher, dass die soziale Dimension Europas weiterhin eine zentrale Rolle spielen wird. Frau von der Leyen hat dies in ihrer Rede vor dem Europäischen Parlament sehr deutlich formuliert. In einer modernen Ökonomie möchte Sie das „Soziale“ und den „Markt“ in Einklang bringen. In diesem Zusammenhang hat sie einen Aktionsplan angekündigt, um die Europäische Säule sozialer Rechte vollständig umzusetzen und auch schon einige Initiativen angekündigt. Die konkrete Umsetzung bleibt abzuwarten.

Bis zur Europawahl im Mai 2019 legte die Kommission mehrere Initiativen zur praktischen Umsetzung der Europäischen Säule der sozialen Rechte vor. Wie könnte es damit nun weitergehen?

Einige Initiativen konnten noch vor der Wahl des neuen Parlamentes abgeschlossen werden – so zum Beispiel die Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige oder die Richtlinie über transparente und vorhersehbare Arbeitsbedingungen in der Europäischen Union. Auch die Arbeiten an der Verordnung zur Errichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde konnten abgeschlossen werden. Der Rat hat sich auf Bratislava als Sitz der Behörde verständigt, sie soll nun schnellstmöglich ihre Arbeit aufnehmen

men und bis 2024 mit voller Kapazität arbeiten. Andere Initiativen sind noch nicht vollständig abgeschlossen, wie zum Beispiel die Empfehlung für den Zugang zum Sozialschutz für Arbeitnehmer und Selbständige, mit der die Kommission bestehende Lücken im Sozialschutz schließen möchte.

Noch vor den Europawahlen im Mai hat die Europäische Kommission als eine ihrer letzten Amtshandlungen eine Diskussion über eine effizientere Beschlussfassung im Rat im Bereich der EU-Sozialpolitik eröffnet. Was bedeutet das?

Die EU-Kommission möchte schneller politische Antworten auf neue Lebensbedingungen und -umstände finden. Das ist verständlich, denn unsere Welt und insbesondere die Arbeitswelt ändert sich schneller denn je. Schon jetzt werden im sozialpolitischen Bereich die Mehrzahl der Initiativen mit qualifizierter Mehrheit und unter Beteiligung des Europäischen Parlaments beschlossen. Ausgenommen sind sensible Bereiche wie zum Beispiel „soziale Sicherheit und sozialer Schutz der Arbeitnehmer“, „Schutz der Arbeitnehmer bei Beendigung des Arbeitsvertrags“ sowie „Vertretung und kollektive Wahrnehmung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen“. Hier muss der Rat einstimmig Beschlüsse fassen. So sehen es die Europäischen Verträge vor.

Was steckt dahinter?

Für die Organisation und Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme sind in erster Linie die Mitgliedstaaten verantwortlich. Nur durch einstimmige Entscheidungen im Rat ist sichergestellt, dass keine Eingriffe in die Kernelemente der sozialen Sicherheit



Foto: DGUV / Jan-Peter Schulz

Seit 2016 ist Ilka Wölfle Direktorin der Europavertretung der Deutschen Sozialversicherung. Ihr Ziel: Interessen bündeln, Netzwerke aufbauen und aktiv die europäische Gesundheits- und Sozialpolitik mitgestalten.

erfolgen. Das ist Sache der einzelnen Mitgliedstaaten! Die sozialen Sicherungssysteme in der EU sind so unterschiedlich wie die Mitgliedstaaten selbst. Daran hängen auch Fragen der Finanzierung, der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Traditionen. Sozialpolitische Entscheidungen betreffen Menschen oft direkt. Einstimmige Entscheidungen mögen länger dauern, sie garantieren jedoch eine breitere Akzeptanz. Über mehrheitsgestützte Empfehlungen in diesen Bereichen Druck auf „unterlegene“ Mitgliedstaaten aufzubauen, dürfte kontraproduktiv sein, um eine Akzeptanz von Entscheidungen der EU in diesen Mitgliedstaaten und deren Bevölkerung voranzutreiben. Die Deutsche Sozialversicherung spricht sich daher ganz klar gegen diese Initiative aus und hat ein entsprechendes Positionspapier veröffentlicht.

Ein Blick auf das nächste Jahr - ab Juli 2020 wird Deutschland den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernehmen. Welche Themen stehen auf der Agenda?

Im Bereich Soziales wird sich Deutschland während seiner Präsidentschaft unter anderem mit der „Zukunft der Arbeit“ beschäftigen. Das Thema ist nicht neu, aber es ist wichtig, denn damit hängt unter anderem die Frage zusammen, wie Menschen

auch in neuen, anderen Arbeitsverhältnissen gesund und sicher arbeiten können und für die Risiken des Lebens wie Unfall, Alter und Krankheit abgesichert sind. Aber gute und sichere Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit gewinnen auch international an Bedeutung. Hier seien die nachhaltigen Lieferketten genannt – auch das wird ein Thema sein.

Wie wird die Europavertretung der Deutschen Sozialversicherung in die Ratspräsidentschaft involviert sein?

Zum einen natürlich hinter den „Kulissen“ – da wo unsere Expertise gefragt ist und wo wir die Interessen der deutschen Sozialversicherungszweige vertreten wollen und müssen, werden wir uns einbringen. Aber wir werden auch eine „Bühne“ bieten für Diskussionen und Austausch zur Zukunft der Arbeit und zur Künstlichen Intelligenz – beides ganz spannende Themen, wo sich im Moment viel bewegt. Wir planen dazu im Herbst 2020 eine eigene Veranstaltung in Brüssel. Das Potenzial Künstlicher Intelligenz für die Sozialversicherung ist groß, aber es gibt noch viele offene Fragen. Akzeptanz bei den Versicherten wird nur durch Transparenz und Vertrauen möglich sein. Dazu wollen wir beitragen.

Web: www.dsv-europa.de

ZUM THEMA

Bilanz zur Inklusion

Im November 2010 hatte die Europäische Kommission ihre „Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010 – 2020: Erneutes Engagement für ein barrierefreies Europa“ vorgelegt. Zum Ende der Laufzeit zieht sie mit einer öffentlichen Konsultation Bilanz, auch die DGUV beteiligt sich an der Befragung.

Laut Schätzungen der EU-Kommission wird bis zum Jahr 2020 voraussichtlich ein Fünftel der EU-Bevölkerung von irgendeiner Art Behinderung betroffen sein. Es ist davon auszugehen, dass die Zahlen steigen werden, da die Bevölkerung in der EU immer älter wird. Mit dem Ziel eines „barrierefreien Europas“ ist die EU-Kommission 2010 mit ihrer Strategie gestartet: Menschen mit Behinderungen sollen möglichst uneingeschränkt und gleichberechtigt mit anderen an der Gesellschaft teilhaben können.

Mit der Konsultation soll bewertet werden, was im Zeitraum 2010-2020 konkret erreicht oder verbessert wurde, aber auch welche Faktoren hemmend gewirkt haben könnten. Die DGUV sieht zum Beispiel als hemmende Faktoren den fehlenden politischen Willen und fehlendes Bewusstsein in der Öffentlichkeit. Aus ihrer Sicht müsste auch das Verständnis für behindertenrelevante Fragen bei politischen Entscheidungsträgern größer werden. Sie verweist zudem auf ihr Strategiepapier „UN-BRK 2025“. Mit dem Leitmotiv „Inklusion ist keine Ausnahme, sie ist die Regel“ hat sich die gesetzliche Unfallversicherung darin zum Ziel gesetzt, Inklusion als Führungs- und Querschnittsaufgabe zu etablieren. Sie möchte zudem in der Öffentlichkeit und Politik als Institution mit Kompetenz und Fachwissen zum Thema Inklusion und Barrierefreiheit sichtbar werden.

Mit der öffentlichen Konsultation soll ein möglichst breiter Kreis von Betroffenen und Interessenträgern in den Bewertungsprozess einbezogen werden. Der Konsultationszeitraum läuft noch bis zum 23. Oktober 2019.

Web: www.dguv.de > Webcode: d133311

Flexibel Gesundheit fördern



Foto: iga

Der iga.Report 39 zeigt, wie betriebliche Gesundheitsförderung auch bei flexiblen Beschäftigungsformen gelingen kann.

Download der Broschüre unter:
Web: www.iga-info.de

Wie können Minijobber, Zeit- oder Leiharbeitskräfte mit betrieblicher Gesundheitsförderung erreicht werden? Diese Frage beschäftigt viele Unternehmen. Der iga.Report 39 der Initiative Gesundheit und

Arbeit stellt den Ansatz „aufsuchende Gesundheitsförderung“ vor. Gesundheitsmaßnahmen werden dabei direkt in den Arbeitsalltag integriert. Oft werden im Sinne einer aktiven Unterbrechung der Tätigkeit auch folgende Begriffe dafür verwendet: aktive Pause, Bewegungspause, Entspannungspause, Pausenexpress oder Gesundheitsexpress. Der Vorteil: lokale und zeitliche Barrieren werden auf ein Minimum reduziert. Durch die niedrigschwellig angebotenen Übungseinheiten und Beratungsangebote können Mitarbeitende leichter zum Mitmachen motiviert werden. Ausgewählte Best-Practice-Beispiele aus verschiedenen Branchen zeigen, wie die guten Vorsätze möglichst schnell umgesetzt werden können.

MELDUNG

Ein Rausch reicht – Leben ohne Sucht

Das Präventionsprogramm der gesetzlichen Unfallversicherung „Jugend will sich-er-leben“ (JWSL) startet im aktuellen Berufsschuljahr eine Aktion gegen Sucht und Abhängigkeit. Die WHO schätzt, dass zwischen 20 und 25 Prozent aller Arbeitsunfälle unter dem Einfluss von Alkohol oder anderen Suchtmitteln passieren. Deshalb will die Aktion die Risikowahrnehmung und Risikokompetenz bei Auszubildenden schulen und erhöhen. Für die Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit gilt: schon der einmalige Konsum von Alkohol oder Cannabis bei der Arbeit kann ausreichen, um sich und andere zu gefährden. Im Fokus stehen aber auch nicht stoffgebundene Süchte wie Spielsucht. Den Lehrkräften an berufsbildenden Schulen werden eine Reihe von Materialien für den Unterricht angeboten. Im Mittelpunkt der Aktion



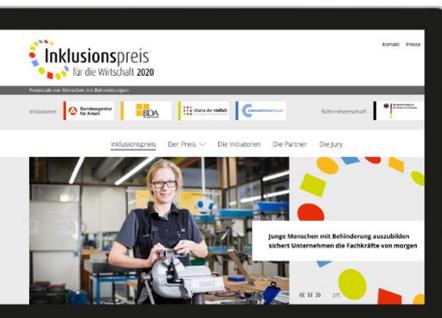
Foto: DGUV

JWSL ist das größte branchenübergreifende Präventionsprogramm für Auszubildende. Es erreicht bis zu 800.000 junge Beschäftigte.

steht der JWSL-Kreativwettbewerb. Berufsschulklassen können sich noch bis zum 29. Februar 2020 bewerben. Eingereicht werden können Kreativbeiträge in Form von Video, Comic, Rap, Plakat u.a. zu Sucht, Konsum oder Missbrauch im Bereich Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit.

Web: www.jwsl.de

Inklusion als Wettbewerbsfaktor



Noch bis zum 31. Oktober 2019 können Unternehmen für den „Inklusionspreis für die Wirtschaft 2020“ vorgeschlagen werden bzw. sich selbst bewerben. Prämiert werden vorbildliche Praxisbeispiele in der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen.

Web: www.inklusionspreis.de

TERMINE

5. – 8. November 2019
A+A – Internationale Fachmesse für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit
DÜSSELDORF
www.aplusa.de

12. – 14. November 2019
Vision Zero 2019 Summit
HELSINKI, FINNLAND
www.ttl.fi/visionzero19

4. Dezember 2019
25 Jahre Kommission Arbeitsschutz und Normung KAN
BERLIN
www.kan.de

ZAHL DES MONATS

1.224.858.701

... Euro haben Berufsgenossenschaften und Unfallkassen im Jahr 2018 für Prävention ausgegeben. Das sind 2,3 Prozent mehr als im Vorjahr.

Quelle: www.dguv.de > Webcode: d1182427

IMPRESSUM

Herausgegeben von: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV), Dr. Stefan Hussy (Hauptgeschäftsführer). Die DGUV ist der Spitzenverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften und der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand.

Herausgeberbeirat: Dr. Renate Colella (Vorsitz), Udo Diel, Dominique Dressler, Prof. Dr. med. Axel Ekkernkamp, Markus Hofmann, Gabriele Pappai, Dr. Udo Schöpf, Karl-Sebastian Schulte

Chefredaktion: Gregor Doepke, Kathrin Baltscheit, DGUV, Glinkastr. 40, 10117 Berlin
Redaktion: Kathrin Baltscheit, Diana Grupp, Claudia Kleist, Anne Schattmann

Grafik: Christoph Schmid, www.christophschmid.com

Verlag: Quadriga Media Berlin GmbH, Werderscher Markt 13, 10117 Berlin

Druck: DCM Druckcenter Meckenheim

FOLGEN SIE UNS AUF TWITTER

 **@DGUVKompakt**

Nachrichten live aus der Redaktion:
www.twitter.com/DGUVKompakt

Kontakt

KOMPAKT@DGUV.DE
WWW.DGUV.DE/KOMPAKT